

### Naturschutzamt: schnelles Aus für Glyphosat in Deutschland

Veröffentlicht am: 31.01.2018



Die GAP muss Biodiversität fördern (Foto: CC0, KRiemer)

Die GAP muss Biodiversität fördern

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat sich in die politische Diskussion um glyphosathaltige Spritzmittel eingeschaltet und empfiehlt, ihre Anwendung in Deutschland so schnell wie möglich zu beenden. Wenn Behörden über die Zulassung von Pflanzengiften entschieden, müssten sie auch die negativen Wirkungen auf die biologische Vielfalt berücksichtigen, heißt es in einem Positionspapier. Auch im Gentechnikrecht sollten die zur Gentech-Pflanze passenden Pestizide stets mitgeprüft werden.

Zu den „Mindestanforderungen“ des nationalen Naturschutzes zähle auch, die Kombinationswirkung verschiedener Wirk- und Zusatzstoffe in den Spritzmitteln zu prüfen, so das BfN. Bis zu ihrem endgültigen Verbot sollte der Einsatz glyphosathaltiger Pflanzengifte maximal beschränkt und Auflagen erteilt werden. So sollten Betriebe nur Glyphosat versprühen dürfen, wenn sie zugleich eine ökologische Ausgleichsfläche ohne Herbizideinsatz bereitstellten, fordert die Behörde. In Natur- und Wasserschutzgebieten müsse der Einsatz des Totalherbizids schnellstmöglich verboten werden. Außerdem regt das BfN eine Abgabe auf Spritzmittel an.

Wissenschaftliche Studien belegten, dass glyphosathaltige Pflanzengifte den Insektenchwund in Deutschland weiter verstärken können, sagte BfN-Präsidentin Beate Jessel.

„Deshalb ist es unumgänglich, die biologische Vielfalt insbesondere in der Agrarlandschaft deutlich besser als bislang vor solchen Auswirkungen zu schützen“, so die Behördenleiterin.

Die giftigen Spritzmittel bedrohten unmittelbar vor allem Ackerwildkrautarten und Amphibien, heißt es in der Presseinformation. Gravierender seien jedoch ihre indirekten Auswirkungen auf die Nahrungskette: Gibt es keine Blumen und Gräser mehr an den Ackerflächen, finden blütenbesuchende und auf Wildkräuter spezialisierte Insekten keine Nahrung mehr. Verändern sich die Nahrungs- oder Lebensraumbedingungen von Insekten und Regenwürmern, finden Vögel und Kleinsäuger nicht mehr genug zu fressen. Solche Nahrungsnetzeffekte zeigen laut BfN auch Studien in Nord- und Südamerika, wo Pflanzen, die mittels Gentechnik gegen Glyphosat resistent gemacht wurden, großflächig angebaut werden. Dementsprechend üppig werden dort dann auch glyphosathaltige Pflanzengifte versprüht.

Nachdem die EU-Kommission im Dezember den Einsatz des Wirkstoffs Glyphosat in Europa für weitere fünf Jahre erlaubt hatte, müssen nun die zuständigen nationalen Behörden darüber entscheiden, welche Spritzmittel auf Glyphosatbasis weiter erlaubt werden sollen. Zuständig ist das Bundesamt für Lebensmittel- und Verbraucherschutz, das dem Agrarminister (derzeit CSU) untersteht. Es muss allerdings Einvernehmen mit dem Umweltbundesamt erzielen, das wie das BfN zum Geschäftsbereich der Bundesumweltministerin (derzeit SPD) gehört. Um die Streitigkeiten der Vergangenheit zu vermeiden, muss sich nun die künftige Regierungskoalition auf eine gemeinsame Linie verständigen. Auch der Bundesrat wird sich am Freitag mit einem Antrag aus Bremen und Thüringen befassen, den Glyphosateinsatz in Deutschland zu reduzieren. [vef]

Links zu diesem Artikel

- [TOP 27 der Bundesratssitzung vom 2.2.2018: Thüringen und Bremen wollen Einsatz von Glyphosat einschränken \(mit Drucksache\)](#)
- [Presseinfo BfN - Glyphosat contra biologische Vielfalt: Empfehlungen des BfN \(31.1.2018\)](#)
- [Überblick: Gift und Gentechnik](#)